

Bremen, 28.05.2026

Resolution: Honorarkürzungen in der Psychotherapie sind inakzeptabel – Versorgungsrealität im Land Bremen anerkennen!

Die Entscheidung des Erweiterten Bewertungsausschusses zur Kürzung der Honorare für psychotherapeutische Leistungen um 4,5 Prozent treffen auf ein Versorgungssystem, das bereits seit Jahren unter erheblichem Druck steht.

Mit den Städten Bremen und Bremerhaven stehen wir vor besonderen sozialen und gesundheitlichen Herausforderungen. Psychische Erkrankungen haben in der Bevölkerung deutlich zugenommen. Globale Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, und die Inflation führen im Land Bremen zu einer angespannten Wohnungsmarktsituation und überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdungsquoten. Laut Landesgesundheitsbericht Bremen 2024 gibt es massive Belastungen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Mehr als jeder fünfter Schüler leidet unter Ausgrenzung und Abwertung in sozialen Medien.

Die Nachfrage nach psychotherapeutischer Behandlung ist kontinuierlich gestiegen, was zu unzumutbar langen Wartezeiten auf Therapieplätze führt. Gleichzeitig kommen die niedergelassenen Psychotherapeut*innen in Bremen angesichts steigender Mieten, erhöhter Personalkosten und allgemeiner Kostensteigerungen zunehmend in finanzielle Bedrängnis. Unter diesen Umständen die Honorare zu kürzen, ist absolut inakzeptabel und gefährdet die ambulante Versorgungsstruktur in unserem Bundesland fundamental.

Die Behauptung des GKV-Spitzenverbandes, die Honorare der Psychotherapeut*innen hätten zehn Prozent über dem Durchschnittshonorar der fachärztlichen Vergleichsgruppen gelegen, ist unredlich und sachlich falsch. Das zugrundeliegende Berechnungsmodell ist in dieser Form ungeeignet, einen angemessenen Vergleich herzustellen. Zudem wird die jährliche Prüfung des Einkommensvergleichs, die eingeführt wurde, um eine vom Bundessozialgericht definierte Mindestvergütung zu sichern, missbraucht indem nicht eine Mindestvergütung, sondern Maximalvergütung als Ziel definiert wird.

Die Honorarkürzungen reihen sich ein in massive Kürzungen in unserem Sozialstaat, die insbesondere vulnerable und benachteiligte Gruppen treffen. Finanzielle Einschnitte widersprechen der Versorgungsrealität vor Ort und untergraben alle Bemühungen, die psychische Gesundheit im Land Bremen nachhaltig zu stärken.

Die Kammerversammlung fordert:

Sofortige Rücknahme der Kürzungen: Die Rücknahme der Honorarkürzung für Psychotherapie und eine sachgerechte Weiterentwicklung der Berechnungsgrundlagen für die Mindestvergütung durch den erweiterten Bewertungsausschuss.